

Die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)

Vorbemerkung

Seit einigen Jahren ist deutlich, dass die BRD-Regierungen mit aller Konsequenz den neoliberalen Kapitalismus weltweit durchsetzen, zum hauptsächlichsten Nutzen von in der BRD beheimateten Konzernen. Nicht zuletzt am aktuellen Beispiel Griechenland wird sichtbar, was das bedeutet. Um nur einige Beispiele zu nennen: die Privatisierung des Wassers und der Wasserversorgung, der öffentlichen Verkehrsmittel, der Energieversorgung, der Gesundheitsversorgung, der Infrastruktur wie Häfen und Bahnhöfe, der Aufhebung von Zollschranken und vieles andere mehr. Dazu braucht es natürlich auch eine Umstrukturierung der Staaten und die Anpassung der gültigen Gesetze. Die Funktion des Staates wird letztendlich reduziert auf die „Innere Sicherheit“ (für Investoren) und die Erschließung und Sicherung von Ressourcen - auch militärisch. Das ist das Credo der BRD-Regierung innenpolitisch, europa- und weltweit. Sie arbeitet dabei Seite an Seite mit der Weltbank und dem Internationalen Währungsfond zusammen, die durch ihre Strukturanpassungsmaßnahmen die Märkte der Länder des Südens für die Konzerne des Nordens öffnen. Eines der wichtigsten Instrumente hierfür ist die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ).

Die Entstehung der „GIZ“

Schon 2010 wurde die damalige Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) mit dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED), dem Freiwilligen-Netzwerk „Weltwärts“ und der gemeinnützigen Organisation „InWent“ (Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH) zusammengefasst und komplett privatisiert. Die GIZ ist eine GmbH und arbeitet gewinnorientiert. Sie gehört zu 100 Prozent dem deutschen Staat.

Die GIZ ist weltweit der größte Dienstleister auf entwicklungspolitischem Gebiet. Ihr Geschäftsvolumen lag zum 31.12.2013 bei über 1,9 Milliarden Euro.

„Wichtigster Auftraggeber ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Darüber hinaus ist die GIZ für weitere Bundesressorts – darunter das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, das Bundesministerium der Verteidigung, das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und das Bundesministerium für Bildung und Forschung –, für Bundesländer und Kommunen sowie für öffentliche und private Auftraggeber im In- und Ausland tätig. Dazu gehören beispielsweise Regierungen anderer Länder, die Europäische Kommission, die Vereinten Nationen und die Weltbank. Wir kooperieren intensiv mit der Privatwirtschaft und tragen zu einem sinnvollen Zusammenspiel von Entwicklungs- und außenwirtschaftlichen Aktivitäten bei.“

"Wir bieten nachfrageorientierte, maßgeschneiderte und wirksame Dienstleistungen für nachhaltige Entwicklung an. Mit unserem ganzheitlichen, an Werten und Prinzipien der gesellschaftlichen Ordnung in Deutschland orientierten Vorgehen stellen wir die Mitwirkung aller Beteiligten sicher. (...)

Wir unterstützen unsere Partner auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene in strategischen und konzeptionellen Fragen sowie bei der Umsetzung ihrer politischen Ziele."

„Insbesondere engagieren wir uns für eine marktfreundliche, ökologisch und sozial orientierte Wirtschaftsordnung und handeln unternehmerisch verantwortungsvoll.“

“Die GIZ unterstützt die Bundesregierung beim Erreichen ihrer wirtschafts- und außenpolitischen Ziele.”

(Quelle: GIZ, http://www.giz.de/de/ueber_die_giz/1689.html)

Die Verantwortlichen der GIZ

Der Vorstand der GIZ

Die Vorstandssprecherin der GIZ ist **Tanja Gönner**, CDU. 2004 wurde sie Sozialministerin des Landes Baden-Württemberg. 2005 übernahm sie das Umweltministerium, dem sie bis Anfang 2010 vorstand. Vom Februar 2010 bis Mai 2011 war Tanja Gönner Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Baden-Württemberg und von 2011 bis 2012 Mitglied des Landtags. Im Rahmen ihrer politischen Tätigkeit nahm sie 2008 an der Weltklimakonferenz in Posen und 2009 an der Folgekonferenz in Kopenhagen teil. Sie hat in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau vom 07.06.2014 Landverpachtung und Landgrabbing gleichgesetzt und sieht darin überhaupt kein Problem. Auch mit der Gewinnerorientierung der GIZ ist sie einverstanden, sei sie doch, laut Gönner, die „Fortführung der staatlichen Entwicklungspolitik mit anderen Mitteln“. Kritik an ihr hatten von Anfang ihrer Amtszeiten an Umweltschutz- und Anti-AKW-Gruppen.

Dr. Christoph Beier, Mitglied im Vorstand des Ostasiatischen Vereins, Mitglied im Vorstand des Ost- und Mitteleuropa Vereins, Mitglied im Vorstand des Lateinamerika Vereins sowie Mitglied im Steering Committee der Alliance for Financial Inclusion (AFI). 2014 berief ihn die Bertelsmannstiftung in das Board des Bertelsmann-Transformationsindex BTI.

Dr. Hans-Joachim Preuß, Mitglied des Vorstands des Afrika-Vereins der Deutschen Wirtschaft, Mitglied des Kuratoriums der Welthungerhilfe und Beiratsmitglied der Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik.

Cornelia Richter, Mitglied im Verwaltungsrat der Sequa gGmbH, im Kuratorium des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) sowie in den Beiräten der Stiftung Entwicklung und Frieden und des European Inter-University Centre (EIUC).

Das Kuratorium der GIZ

Vertreter der Entwicklungshelfer

Dr. Elke Ahrens - Verein für internationale Jugendarbeit

Rüdiger Heidebrecht - Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.

Vertreter der Wirtschaft

Dr. Jens Peter Breitengroß - Handelskammer Hamburg

Dipl.-oec Cuno Güttler - Rheinischer Sparkassen- und Giroverband

Franz Prebeck - Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz

Dr. Jürgen Ratzinger, Wirtschaftskreis Hessen/Rheinland-Pfalz der Carl Duisberg Gesellschaft e.V. (2.Stellvertretender Vorsitzender)

Thimo V. Schmitt-Lord - Bayer Aktiengesellschaft - Corporate Office, Head Foundations &

Donations Management, Executive Director Bayer Foundations Staatssekretärin a.D. Ulla Ihnen - Carl Duisberg Gesellschaft e.V

Mitglieder des Wirtschaftsbeirats

Renate Hornung-Draus, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Birgit Klesper, Deutsche Telekom AG

Herrn Dr. Stefan Kreher, Volkswagen AG

Matthias Kühn, Carl-Duisberg-Gesellschaft e.V.

Dr. Michael Rabbow, Boehringer Ingelheim (Vorsitzender)

Heiko Schwiderowski, Deutscher Industrie- und Handelskammertag

Jörg Thiele, Verband Beratender Ingenieure

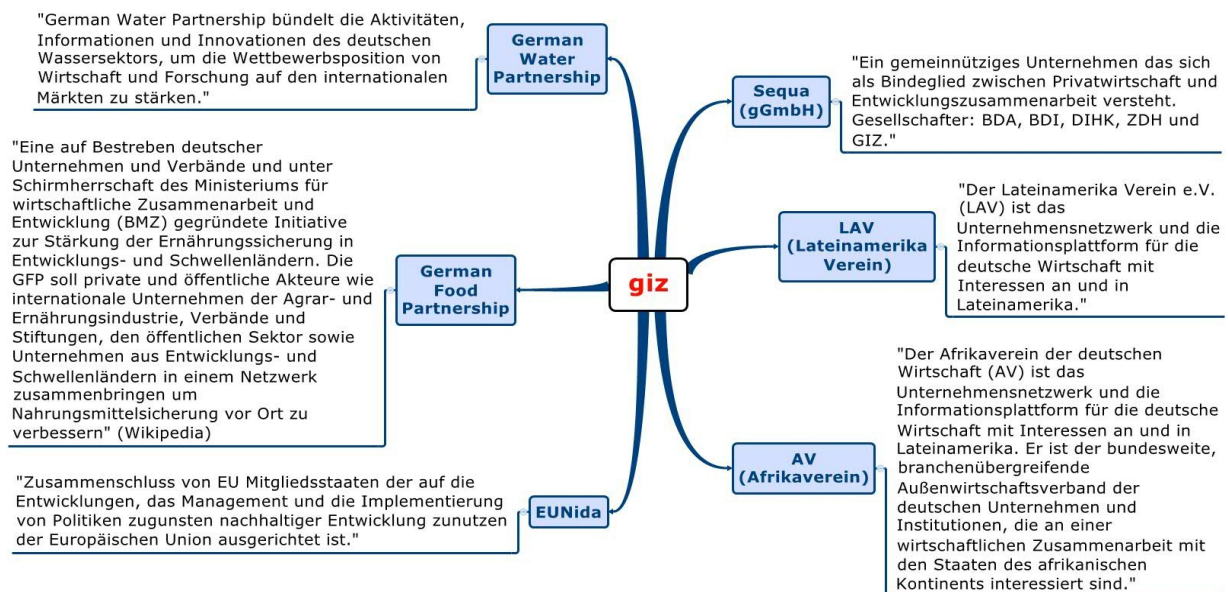
Jochen Voss, Carl-Duisberg-Gesellschaft e.V.

Matthias Wachter, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

Dr. Peter Weiss, Zentralverband des Deutschen Handwerks

Die GIZ und ihre Partner

Hauptsächlicher Partner der GIZ ist das Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Aber auch das Außen-, das Wirtschafts- und das Verteidigungsministerium vergeben Aufträge an die GIZ, ebenso wie die Landesregierungen und die Länder der Europäischen Union.



• Sequa gGmbH

Die GIZ ist mit 49 Prozent an der Sequa gGmbH beteiligt, einem Zusammenschluss sämtlicher verfasster Organisationen der deutschen Wirtschaft, wie z.B. Bund deutscher Arbeitgeber, Bund Deutscher Industrie, Deutsche Industrie und Handelskammer.

• European Network of Implementing Development Agencies (EUNIDA)

Das „European Network of Implementing Development Agencies“ (EUNIDA) ist ein Zusammenschluss europäischer nationaler Durchführungsorganisationen der internationalen Zusammenarbeit. Es hat die Rechtsform einer „Europäischen Wirtschaftlichen Interessenvereinigung“ (EWIV). Die GIZ als Gründungsmitglied ist seit dem Jahr 2000 im EUNIDA-Netzwerk. EUNIDA bündelt die Ressourcen der Mitgliedsorganisationen für Aufgaben und Maßnahmen der internationalen Zusammenarbeit. Der Zusammenschluss ist Ansprechpartner für die Europäische Union (EU). EU-Institutionen beauftragen EUNIDA direkt mit der Planung, dem Management und der Durchführung von Projekten und Programmen. Über die Leitung dieser Vorhaben wird anhand bestimmter Qualitätskriterien EUNIDA-intern entschieden. Alle Mitglieder sind grundsätzlich aufgerufen, sich an der Implementierung zu beteiligen. Das Sekretariat wählt für die optimale Umsetzung der jeweils anstehenden Projekte unter den Mitgliedsorganisationen diejenigen mit den passenden fachlichen und regionalen Kompetenzen aus. So kann der Verband komplexe Dienstleistungen anbieten, die ein Mitglied allein nur schwer erbringen könnte.

Elf EU-Mitgliedsländer sind im EUNIDA-Netzwerk über die folgenden Organisationen vertreten:

- Agency for European Integration and Economic Development (AEI) – Österreich
- Belgian Technical Cooperation (BTC) – Belgien
- Central Project Management Agency (CPMA) – Litauen
- CrownAgents – Großbritannien
- Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH - Deutschland
- European Public Law Centre (EPLC) – Griechenland
- Hungarian International Development Assistance (HUN-IDA) – Ungarn
- International-Ibero-american Foundation of Administration and Public Policies (FIIAPP) – Spanien
- France Expertise Internationale (FEI) – Frankreich
- Luxembourg Agency for Development Cooperation (Lux-Development) – Luxemburg
- Netherlands Development Organisation (SNV) – Niederlande

Die Mitglieder wechseln sich in einem regelmäßigen Turnus in der Geschäftsführung und Präsidentschaft des Netzwerks ab. So stellte beispielsweise die GIZ in den Jahren 2010 und 2011 den Präsidenten. 2012 übernimmt ein Vertreter des britischen Partners Crown Agents dieses Amt, die Brüsseler Niederlassung der GIZ stellt den Vizepräsidenten. Damit gestaltet das Unternehmen weiterhin die Zukunft von EUNIDA maßgeblich mit.

● **Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG)** - <http://deginvest.de/>

Die DEG gehört zur **KfW-Gruppe** (KfW=Kreditanstalt für Wiederaufbau) und ist unter anderem Mitglied im **Lateinamerika Verein**. Die DEG ist eng verzahnt mit der GIZ, **Sequa gGmbH** und dem BMZ in Sachen Public Private Partnership (PPP) – siehe auch <http://www.develoPPP.de> -, dort heißt es:

Ausgestattet mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) arbeiten DEG, GIZ und Sequa in folgenden Geschäftsbereichen

1. Sie beteiligen sich finanziell und personell an Projekten, die einen entwicklungspolitischen Nutzen im Partnerland bringen.
2. Sie betreuen und begleiten Unternehmen bei der Planung und Umsetzung von Projekten, die die nachhaltige Entwicklung in den Partnerländern fördern.
3. Sie stellen ihre Kontakte zu Regierungen, Wirtschaftsverbänden und Unternehmen zur Verfügung.
4. Sie bieten spezifisches Know-how über Länder, Sektoren und lokale Rahmenbedingungen.

Auf der Vorstandsebene ist die GIZ verbunden mit dem **Lateinamerika Verein**, in dem sich weit über 100 Unternehmen zusammengeschlossen haben, die in Mittel- und Südamerika investieren oder erst noch investieren wollen.

“Der Lateinamerika Verein e.V. (LAV) ist das Unternehmensnetzwerk und die Informationsplattform für die deutsche Wirtschaft mit Interessen an und in Lateinamerika. Seit 1916 unterstützt der LAV branchenübergreifend und bundesweit Unternehmen beim Auf- und Ausbau von Geschäftsaktivitäten in der Region. Unsere Mitglieder sind Unternehmen und Einzelpersonen, vom mittelständischen Betrieb bis zum globalen Konzern.“ (lt. Eigendarstellung)

Ein Auszug aus einem Grußwort von Christoph Beier aus dem Vorstand derGIZ:

“Seit dem 01.01.2011 kooperieren der Lateinamerika Verein (LAV) und die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH im Rahmen der Initiative zur Förderung von Entwicklungspartnerschaften zwischen Wirtschaft und Entwicklungspolitik in Lateinamerika. Ziel der Zusammenarbeit ist es, die Innovationskraft der Wirtschaft mit den Ressourcen, dem Wissen, den Kontakten vor Ort und den langjährigen Erfahrungen der Entwicklungspolitik zu vereinen und dadurch Synergieeffekte für beide Partner zu erzielen.

Die im Rahmen der Initiative geplanten Maßnahmen zielen darauf ab, deutsche und europäische Unternehmen gezielt auf die Chancen, die lateinamerikanische Märkte bieten, aufmerksam zu machen und ihnen das Programm „DeveloPPP“ (<http://www.develoPPP.de>) des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) näher zu bringen. Mit der Durchführung von DeveloPPP wurden die Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ) und Sequa gGmbH beauftragt.“

Ebenfalls auf der Vorstandsebene läuft die Verbindung mit dem **Deutschen Afrikaveroin**, der rund 700 deutsche Investoren auf dem afrikanischen Kontinent unterstützt und der Ende 1933 (!) gegründet wurde. Am 6. November 1933 trafen sich im so genannten Afrika-Haus, dem Sitz der Hamburger Reederei C. Woermann in der Großen Reichenstraße, Vertreter deutscher Handelshäuser und „Pflanzungsgesellschaften“, um einen gemeinsamen Interessenverband für den Afrika- Handel zu gründen. Der „Afrika-Verein Hamburg-Bremen“ wurde zum 1. Januar 1934 im Vereinsregister eingetragen, am 17. Januar 1934 fand die erste Generalversammlung statt.

Der Deutsche Afrikaveroin arbeitet seit über 75 Jahren im Dienste der deutsch-afrikanischen Wirtschaftsbeziehungen. In seiner hanseatischen Tradition ist er heute der bundesweite Außenwirtschaftsverband der deutschen Unternehmen und Institutionen mit wirtschaftlichen

Interessen an den Staaten des afrikanischen Kontinents. Der Verein informiert über Länder und Märkte in Afrika, stellt Kontakte her und vertritt die Interessen seiner Mitglieder im In- und Ausland. Den über 700 Mitgliedern wird ein umfangreiches Dienstleistungsangebot zur Verfügung gestellt, auf das sie jederzeit zurückgreifen können.

Über ein enges Netz von Kontakten in Afrika spüren wir den Puls der Märkte. Unsere Mitglieder hören auf diese Weise zeitnah und gezielt von neuen Entwicklungen und Geschäftsmöglichkeiten. Der Afrika-Verein und die Afrika-Verein Veranstaltungs GmbH bieten ein umfangreiches Angebot an Informationen, Veranstaltungen und Dienstleistungen an.

- Eine enge Kooperation besteht mit der **German Food Partnership**, in der sich Firmen von Lebensmittelproduzenten bis zu Saatgutproduzenten, Pharmaindustrie und Gentech-Unternehmen zusammengeschlossen haben.

- Ebenso besteht eine enge Verbindung mit der **German Water Partnership**. Das sind deutsche Konzerne, die mit der Wasserprivatisierung, der Wasserversorgung und der Abwasserwirtschaft ihre Gewinne machen. Der Verkauf des Wassers und der Wasser- und Abwasserversorgung gehört zu den Strukturanpassungsmaßnahmen, die IWF und Weltbank den armen Ländern des Südens auferlegen. Das bietet natürlich ungeahnte Möglichkeiten...

- Die GIZ arbeitet mit der **Kreditanstalt für Wiederaufbau** (KfW) und allen ihren Unterorganisationen zusammen. Die KfW finanziert die Projekte, die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEB) bewirbt sie z.B. gut sichtbar im Falle von Palmölplantagen auf dem amerikanischen Kontinent, für die eine Rendite zwischen 7,5 und 9% für Investoren ausgeschüttet wird, was die überaus starke Expansion dieser „Investitionen“ erklärt. Oder aber im Bereich der **Mikrofinanzkredite**, deren weltweit größter Investor die KfW über ihr eigenes Kreditinstitut **Oikofinanz** ist und die von der DEG beworben und der GIZ massiv in Werbung, Planung und Implementierung unterstützt wird. Und das, obwohl zunehmend deutlich wird, dass diese Art der Finanzierung – Mikrokredite – die Armut der Menschen nicht bekämpft und ihnen einen besseren Lebens- bzw. Bildungsstandard möglich macht, sondern sie im Gegenteil immer weiter in die Armut und die Abhängigkeit der Mikrofinanzinstitute treibt. Das verwundert nicht, wenn man sich klar macht, dass durchschnittlich 38% effektiver Jahreszins zu Buche schlägt – ganz im Sinne ihres „Erfinders“ Muhammad Yunus, der für seine „Erfindung“ der Mikrokredite den Friedensnobelpreis erhielt und Gründer der **Grameenbank** ist, die weltweit die meisten Mikrokredite vergibt, und der einmal sagte: „Barmherzigkeit ist endlich, Business nicht!“.

- Am Beispiel von **Namibia** wird deutlich, was **Mikrokredite** eigentlich bedeuten und wem sie nutzen:

In Namibia gibt es ein bedingungsloses Grundeinkommen (BIG). Das hat sehr geholfen, die Armut zu bekämpfen. Dieses BIG ist aber sowohl der Weltbank als auch dem IWF ein Dorn im Auge. Die namibische Regierung ist von den IWF/Weltbank-Krediten abhängig. Durch die Freihandelsverträge und die Strukturanpassungsmaßnahmen, die die Bedingung für diese Kredite sind, gerät die Regierung unter Druck. Hilfsorganisationen aus Namibia und Deutschland und die evangelische Kirche unterstützen das BIG, halten es auch bei wegbrechenden Zolleinnahmen (Freihandel für exportierende Konzerne) für finanzierbar. GIZ, IWF und WB halten dagegen und möchten das BIG durch Mikrokredite an die Armen ersetzen. Der IWF hält das BIG für „ein Risiko für die makroökonomische Stabilität“ und die GIZ ist der Meinung, dass das BIG „die Nachhaltigkeit des Haushalts langfristig infrage stellen“ würde. Da könnte er recht haben, denn das Wegbrechen der Zolleinnahmen durch die Freihandelsabkommen und der Import subventionierter Lebensmittel z.B. treiben in der Tat einheimische Händler und Produzenten in den Ruin. Das wird aber nicht infrage gestellt. Stattdessen wird auch für die Armen „social business“ und „ökonomisches Denken“ gefordert. Wenn das BIG landesweit – über ein Pilotprojekt hinaus – eingeführt würde, könnte das tatsächlich Schule machen – nicht nur in Namibia. Das würde dann die neoliberale Freihandelspolitik infrage stellen.

(Quelle für Mikrofinanzindustrie: Gerhard Klas: Die Mikrofinanzindustrie. Die große Illusion oder das Geschäft mit der Armut, Assoziation A, Berlin und Hamburg 2011)

In der „Internationalen Zusammenarbeit“ sind vor allem Regierungen und örtliche Unternehmen Partner der GIZ. Daraus ergibt sich das zweite Prinzip der GIZ neben der „Nachhaltigkeit“, die „Public Private Partnership“ (PPP), was bedeutet, dass staatliche und privatwirtschaftliche Akteure zusammenarbeiten, wie das häufig bei Wasserprivatisierungen und „Landgrabbing“ geschieht. Personen und Unternehmen, die eine Geschäftsidee für Afrika, Asien oder Lateinamerika haben, dürfen nun auf Förderung hoffen. Das Programm „DeveloPPP“ (<http://www.develoPPP.de>) des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unterstützt Unternehmen bei der Risikominimierung und erleichtert den Markteinstieg.

In der Regel bedeutet DeveloPPP eine Aufteilung der Anteile eines Konzerns auf 49% und 51% zwischen staatlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren. Das Mitspracherecht der staatlichen Stellen ist sehr begrenzt und durchaus nur als formal zu bezeichnen. So ist es z.B. im Bereich der Wasserprivatisierung mittlerweile üblich, dass die staatlichen Wasserversorger (gleich ob auf regionaler oder kommunaler Ebene) vor dem Verkauf die Leitungssysteme in Ordnung bringen müssen, da es dem jeweiligen Konzern nicht zuzumuten ist, innerhalb der ersten 15 Jahre in ein marodes Leitungssystem zu investieren. Erst nachdem sich der Kauf amortisiert hat, ist eine Investition zumutbar.

Konkrete Beispiele der Arbeit der GIZ

Was das konkret bedeutet, lässt sich in **Bangladesh** beobachten, wo schon mehrmals Gebäude von Textilfirmen zusammenstürzten, mit vielen hundert Toten. Die europäischen Konzerne, die dort produzieren lassen, arbeiteten alle mit der GIZ zusammen, die dann auch aufs schärfste protestierte, als die Überlebenden sich gewerkschaftlich organisieren wollten.

● *Wirtschaft für Entwicklung vom 16.01.2014*

Themenservice für Journalisten: Praxisbeispiele aus der Arbeit der GIZ zur Zusammenarbeit mit der Wirtschaft

Eschborn/Bonn. Immer mehr Verbraucher machen ihre Kaufentscheidung davon abhängig, wo Produkte herkommen und unter welchen Bedingungen sie produziert werden. Nicht zuletzt deshalb integrieren Unternehmen zunehmend soziale und Umweltaspekte in ihre Unternehmensstrategie und setzen auf Nachhaltigkeit in Produktion und Vertrieb. Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH unterstützt Firmen im Auftrag der Bundesregierung dabei, ihr Handeln so auszurichten, dass unternehmerischer Erfolg einhergeht mit verbesserten Lebensbedingungen für die Menschen vor Ort.

In Indien und Bangladesch beispielsweise arbeitet die GIZ mit der Stiftung des Bekleidungsunternehmens C&A zusammen, die Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in acht Zulieferfabriken finanziert. Neu gegründete Arbeitsgruppen mit Vertretern aus Management und Belegschaft treiben die notwendigen Veränderungen voran. Die GIZ unterstützt sie dabei mit Trainings und Coaching zu Themen wie Arbeitsplatzsicherheit, Qualitätsmanagement und Produktivitätsverbesserung. In einer Fabrik der indischen Textilfirma **Color Lines** konnten dadurch beispielsweise die Überstunden um 90 Prozent reduziert werden – und auch auf dem Gehaltszettel steht jetzt mehr. Denn die höhere Produktivität sorgt für mehr Umsatz, den das Management in Form von Bonuszahlungen zum Teil an die Arbeiter weitergibt. Verdiente etwa ein Arbeiter von Color Lines vor Beginn des Programms 70 US-Dollar im Monat sind es heute 105 US-Dollar.

Die Zusammenarbeit mit C&A ist nur ein Praxisbeispiel aus dem aktuellen GIZ-Themenservice 'Unternehmerische Verantwortung'. Außerdem stellen wir Ihnen GIZ-Mitarbeiter Magnus Schmid vor, der sich in der Textilindustrie Bangladeschs für bessere Umwelt- und Sozialstandards einsetzt. Weitere Beispiele sind das neu gegründete Forum Nachhaltiges Palmöl, das den Anteil zertifizierten Palmöls in Deutschland möglichst schnell auf 100 Prozent erhöhen möchte, und eine Initiative zur Förderung von Kaffee aus nachhaltigem Anbau, von der mittlerweile 800.000 Bauern in 21 Ländern profitieren.

Die GIZ-Pressestelle vermittelt Journalisten zu allen Themen Interviewpartner.

Die Texte und Fotos des Themenservice stehen Redaktionen zum honorarfreien Abdruck zur Verfügung. Die aktuelle Ausgabe finden Sie unter nebenstehendem Link. Dort können Journalisten

außerdem den Themenservice abonnieren, der drei- bis viermal jährlich zu einem aktuellen Thema der internationalen Zusammenarbeit erscheint.

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH ist ein weltweit tätiges Bundesunternehmen. Sie unterstützt die Bundesregierung in der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung und in der internationalen Bildungsarbeit. Die GIZ trägt dazu bei, dass Menschen und Gesellschaften eigene Perspektiven entwickeln und ihre Lebensbedingungen verbessern.

Kontakt: GIZ Pressestelle presse@giz.de Telefon: 06196/79-4466

• *Die Tageszeitung (taz) vom 26.05.2013*

Arbeitsbedingungen in Bangladesch - Mitsprache nicht erwünscht

Die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) hat an dem Abkommen für die Textilindustrie in Bangladesch mitgearbeitet. In wessen Interesse?

BERLIN taz | Die Erzählungen über die Rolle der Bundesregierung nach dem Einsturz der Rana-Plaza-Textilfabrik in Bangladesch, der rund 1.100 Tote und 2.400 Verletzte forderte, gehen auseinander.

Die Variante des Bundesentwicklungsministeriums (BMZ): Die Mitarbeiter der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) arbeiten in Bangladesch an einem „Konzept, wie sich Unternehmen beim Brandschutz künftig besser aufstellen“ können. Das erklärte Gudrun Kopp (FDP) im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Bundestages schon im Februar dieses Jahres. Kopp ist parlamentarische Staatssekretärin im BMZ, dem die GIZ untersteht. Die Variante der Kritiker: Die deutschen Entwicklungshelfer kamen den Unternehmen dabei entgegen, Sicherheitsauflagen „total zu verwässern“ (Heiner Köhnen, Beschäftigten-Netzwerk tie Germany). Sie hätten an einer „Version light“ gearbeitet (Gisela Burckhardt, Kampagne für saubere Kleidung). Und sie hätten „Bemühungen der örtlichen Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen untergraben“ (Uwe Kekeritz, Entwicklungsexperte der Grünen). Man könnte den Streit als überholt ansehen: Inzwischen haben 38 Unternehmen zugesagt, ein verbindliches Brand- und Gebäudeschutzabkommen zu unterzeichnen. Darunter Aldi, H&M, Primark. Und die GIZ sagte der taz, sie werde den Prozess „unterstützen“. Die Kampagne für saubere Kleidung und hiesige Gewerkschaften hatten seit Jahren für dieses Abkommen geworben. Bis zur Katastrophe in Bangladesch waren Tchibo und PVH die einzigen Unterzeichner.

Konzerninteressen haben Vorrang

Für den Grünen Uwe Kekeritz ist aber noch nicht alles gut. „Der Fall zeigt, dass sich die deutsche Entwicklungspolitik derzeit nicht nach dem Wohl der Menschen, sondern nach den Interessen der Konzerne richtet.“ Der „Fall“ nahm seinen Anfang im November 2012. Da schaltete sich die GIZ in die Verhandlungen über das Brandschutzabkommen ein. Sie hält viel von runden Tischen und davon, Prozesse zu moderieren – und den „niedrigsten Nenner“ festzuzurren, sagt Köhnen. Köhnen war dabei, als die GIZ am 29. April Unternehmer nach Eschborn lud, um über eine „Brandschutz-Allianz“ zu beraten. Geladen waren viele große Firmen, etwa Adidas, Ikea und Walmart.

Hinter geschlossenen Türen

Köhnen gefiel die Diskussion nicht: „Für uns wäre das Abkommen, das dort rauskommen sollte, eine Katastrophe gewesen“, sagt er: Berichte über die Sicherheitsinspektionen in den Fabriken hätten nicht öffentlich werden sollen. Im GIZ-Vorschlag, der am 29. April auf dem Tisch lag, heißt es nur, dass sich über „Feedbackrunden“ „gelernte Lektionen“ und „Beispiele guter Praxis“ durchsetzen sollen.

Auch eine Liste der Zulieferbetriebe, die unter das Brandschutzabkommen fallen, sollte es nicht gegeben. Vor allem ärgerte Köhnen aber, dass die ArbeiterInnen nicht mitreden sollten, welche Reparaturen und Renovierungen nötig sind. Und GewerkschafterInnen sollten bei Schulungen gar nicht erst dabei sein. Ob es tatsächlich so gekommen wäre, blieb nach dem Treffen zwar unklar. Burckhardt, die im Rahmen der Kampagne für saubere Kleidung seit Jahren die Entwicklungen in Bangladesch beobachtet, aber sagt: „So ist das häufig. Die GIZ spielt sich in den Vordergrund. Sie gibt vor, alle mit ins Boot zu holen, lässt aber die Beschäftigten außen vor.“ Sie kooperiere vor allem mit den Unternehmen, die dafür zahlten.

GIZ und Lidl

So unterstütze die GIZ den Discounter Lidl dabei, Boni an die ArbeiterInnen eines Zulieferers in Bangladesch auszuzahlen. An der niedrigen Bezahlung sei aber grundsätzlich nichts geändert worden. Tarifverhandlungen würden nicht eingeführt, Gewerkschaften nicht in die Fabrik gelassen. Auch arbeite die GIZ mit dem Verband der Bekleidungshersteller und -exporteure an besseren Sozial- und Umweltstandards, dort seien Gewerkschafter aber ebenso wenig einbezogen. Das Bundesentwicklungsministerium sieht in all dem kein Problem. Staatssekretärin Kopp antwortete erst im März auf eine kleine Anfrage der Grünen: Die Zahlung von Boni sei „grundsätzlich nicht zu beanstanden“. Und: Die Einbeziehung von Gewerkschaften sei „zwar keine Voraussetzung“, werde aber „grundsätzlich angestrebt“.

Oder auch in **Uganda**, wo ein deutsches Kaffeeunternehmen eine Plantage eröffnete, nicht ohne vorher die ortsansässigen Kleinbauern zu vertreiben und in die Slums der Städte zu zwingen. Als die Menschenrechtsorganisation FIAN das öffentlich machte, wollte Entwicklungsminister Niebel Fian den Mund verbieten. Die Ansiedlung der Plantage und die Vertreibung der Bauernfamilien geschah mithilfe der GIZ.

- *Netzfrauen – was eine nicht schafft, schaffen viele – <http://netzfrauen.org/> vom 22.08.2015*

Niebel gegen Menschenrechtsgruppe

Entwicklungshilfe – Die deutsche Wirtschaft bereichert sich auf Kosten der Armen

Dirk Niebel (Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) hat sich gegen Menschenrechte und für Profitinteressen ausgesprochen.

Er hat die Helfer der Organisation Fian aufgefordert, ihre Menschenrechtsarbeit in Uganda zuungunsten eines deutschen Kaffeeproduzenten zu beenden. Das ist für uns „skandalös“.

Es ist ein in der Geschichte der deutschen Menschenrechtsarbeit unerhörter Vorgang: In einem Brief fordert Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel die Menschenrechtsorganisation FIAN dazu auf, die Unterstützung für die Vertriebenen der Kaweri Kaffee Plantage (Uganda) einzustellen.

Unheilige Allianz – Der „fliegende Teppich“ Minister Niebel, die BMZ und das Bundesunternehmen GIZ – mit vielen fragwürdigen Kooperationen!

Im April dieses Jahres berichtete Panorama 3 über Vertreibungen in Uganda. Die „Neumann Kaffee Gruppe“ hatte 2001 mit Hilfe der ugandischen Regierung eine neue große Kaffeeplantage im Distrikt Mubende eingerichtet. Dafür mussten viele Siedler weichen. Da sie nicht freiwillig gehen wollten, keine Hilfe und auch, trotz Anrechts, kaum oder gar keine Entschädigung erhielten, blieben sie auf ihrem Land. Wochen später rückte dann die ugandische Armee an, vertrieb die Kleinbauern, zerstörte Häuser, Felder und tötete viele Tiere. Die Plantagenchefs wollen davon bis heute im Vorfeld nichts gewusst haben.

Spätestens seit der Uganda-Reise des Entwicklungsministers Dirk Niebel und die tragische Geschichte einer Kaffee-Plantage vertriebene Kleinbauern in Uganda, kennen wir nun sein wahres Anliegen. Profit vor Menschenrechte – Im Namen der Entwicklungshilfe!

Niebel hatte die Menschenrechtsorganisation FIAN in einem Brief aufgefordert, die Unterstützung der Kleinbauern einzustellen, um dem Ruf des deutschen Kaffee-Produzenten nicht zu schaden.

Die Menschenrechtsorganisation hat ihren Sitz in seinem Wahlkreis. Der Inhalt des Briefes: er habe den Fall gründlich geprüft, er sei vor einigen Jahren auch von der OECD untersucht worden mit dem Ergebnis „dass der Neumann Gruppe GmbH kein Vorwurf gemacht werden kann.“ Die Neumann Gruppe GmbH ist übrigens Mitglied im Afrika Verein.

- In **Syrien** war die GIZ ganz vorne mit dabei, und zwar von Anfang an: Ende letzten Jahres hat „unter deutschem Vorsitz“ (u.a. GIZ) eine multinationale "Working Group" die Arbeit aufgenommen; sie soll unmittelbar nach dem Sturz des Assad-Regimes ökonomische Sofortmaßnahmen in die Wege leiten, darunter die Koordinierung von Hilfsprojekten, aber auch die Durchführung von Wirtschaftsreformen. Gemeinsam mit den Vereinigten Arabischen Emiraten richtet die Bundesregierung dazu nun ein "Sekretariat" ein. Es wird von einem Deutschen mit Afghanistan-Erfahrung geführt. Die Entstaatlichung der syrischen Wirtschaft hatte Berlin schon in Kooperation mit dem Assad-Regime gefördert; die beginnende Liberalisierung trieb jedoch Teile der Bevölkerung in den Bankrott, was zum Aufstand gegen das Regime beitrug. (Quelle: German Foreign Policy)

- Was uns aber derzeit am meisten Sorgen bereitet, ist die Situation in **Chiapas**, Südmexiko. Schon vor drei Jahren erreichte uns die Nachricht, dass die Bundesregierung und die GIZ im Lakandonischen Urwald das Projekt „Selva Maya“ planen. Lange konnten wir das nicht verifizieren. Es gab keinerlei Veröffentlichungen darüber, weder bei der GIZ noch von der Bundesregierung – auch nicht auf Anfrage! Seit Anfang des Jahres (2014) aber, seit alle notwendigen Verträge unter Dach und Fach sind, ist die Katze aus dem Sack: über eines der 15 artenreichsten Gebiete der Erde hat sich die deutsche Wirtschaft in Gestalt der GIZ das Verfügungsrecht gesichert. Das Gebiet reicht von Guatemala und Belize nach Mexiko, und betrifft auch den Lakandonischen Urwald. Dort allerdings leben die Zapatistas selbstverwaltet und autonom. Obwohl die Bundesregierung das Nagoya-Protokoll (in dem Information, Befragung und Zustimmung aller Beteiligten festgeschrieben ist) unterschrieben hat, gab es bisher keine Befragung der indigenen Bevölkerung, bzw. keine, die diesen Namen verdient.

Das **Projekt „Selva Maya“** hat eine komplette Neuordnung der Gebiete zum Ziel, und zwar infrastrukturell, sozial, kulturell und auf der Verwaltungsebene. Es soll eine Neuaufteilung dieses geschützten Urwaldgebietes stattfinden. Ein Teil soll ökonomisch genutzt werden können, natürlich nachhaltig, und ein anderer Teil soll komplett unter „Schutz“ stehen. Die Erfahrung aus anderen Regionen der Erde zeigt, was das heißt: aus den komplett geschützten Gebieten werden die Ureinwohner_innen vertrieben (weil sie ja der Natur schaden). Vom ökonomisch genutzten Teil bekommen sie vielleicht auch etwas ab. Die Zapatistas jedenfalls sind mit dieser Kommerzialisierung keinesfalls einverstanden. Und wir auch nicht! Wir wissen nicht, ob die sich häufenden **Angriffe von Paramilitärs auf die Zapatistas** in dieser Region etwas damit zu tun haben, aber es ist nicht von der Hand zu weisen.

Sowohl in asiatischen Ländern als auch in diversen Ländern Mittel- und Südamerikas hat die GIZ ihren Ruf als Entwicklungshilfe-Institution verloren. Aus **Honduras** nach dem Putsch erreichten uns Informationen über die teilweise vollzogene, teilweise drohende Vertreibung ganzer Dörfer für die Umsetzung von GIZ-Projekten (Fischerei- und Plantagenprojekte). In zahlreichen afrikanischen Ländern, u.a. Südafrika, aber auch in Ost- und Südosteuropa ist die Wasserprivatisierung mithilfe der GIZ an deutsche Konzerne gegangen.

- Die **GIZ International Services** (GIZ IS), eine Tochter der GIZ, ist derzeit an einem Privatisierungsprojekt des Wassersektors in Peru beteiligt. In der Eigendarstellung der Projektpartner des Unternehmens liest sich das so:

GIZ IS öffnet deutschen Unternehmen Türen zu attraktiven Märkten. Von der Konzeption zur Umsetzung – Wassersektorreform in Peru

Programmkurzbeschreibung

Bezeichnung: Programm zu Modernisierung und Stärkung der Siedlungs-Wasserwirtschaft – PROAGUA II

Auftraggeber: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Land: Peru

Politischer Träger: Ministerium für Wohnungsbau, Bau- und Sanitärwesen

Gesamtlaufzeit: 2015 bis 2018

Ausgangssituation

In den bevölkerungsreichsten Gebieten Perus entlang der pazifischen Küste sind die Wasserressourcen knapp und kontaminiert. Industrielle und häusliche Abwässer gelangen ungeklärt in die Flüsse, unregelmäßige Müllentsorgung und landwirtschaftliche Reststoffe verschmutzen das Grundwasser. Die Situation wird durch die Auswirkungen der Klimaveränderung und die Verschmutzung der Oberflächengewässer (Einleitung industrieller und häuslicher Abwässer, Landwirtschaft, unregelmäßige Abfallentsorgung) verstärkt. Die Regierung arbeitet daran, diese Situation zu verändern. Peru gehört zu den Ländern, die das Millenniumsziel in der Trinkwasserversorgung erfüllen werden. Der Anteil der Bevölkerung mit besserem Zugang zu Trinkwasser ist zwischen 1990 und 2012 von 74 auf 87 Prozent gestiegen. Kritisch sieht die Situation bei der Sanitärversorgung aus, die aktuell 73 Prozent der Bevölkerung erreicht. In

Städten liegt sie bei 81, im ländlichen Raum allerdings nur bei 45 Prozent. In vielen Regionen sind die Wasserversorgungsbetriebe zu klein, das Finanzmanagement ist schlecht, **die Wassertarife zu gering** (Hervorh. von E. Müller) und nicht selten bestimmt politische Einflussnahme das Geschäft. Diese Situation beeinträchtigt die Qualität der Versorgungsleistungen erheblich. Seit 2012 hat das Land wesentliche strukturelle Reformen zur Verbesserung der Trinkwasser- und Sanitärversorgung initiiert. Das 2013 verabschiedete Modernisierungsgesetz zur Verbesserung der Versorgungsdienstleistungen sieht eine Strukturreform der Siedlungswasserwirtschaft vor. Das Ministerium will die Reformen zügig umsetzen und es den Wasserversorgungsunternehmen ermöglichen, möglichst bald hochwertige Dienstleistungen zu erbringen.

Ziel

Die Wasserversorgungsunternehmen Perus bieten bessere Dienstleistungen in der Trinkwasser- und Sanitärversorgung.

Vorgehensweise

Das Projekt unterstützt die Verantwortlichen in Ministerien und Behörden dabei, das Modernisierungsgesetz des Wassersektors auf nationaler Ebene und in den Regionen umzusetzen. Die Projektextperten beraten die neu gegründete Behörde für die Verwaltung der Wasser- und Abwasserdienstleistungen, damit deren Mitarbeiter ihre Aufgaben kennen und sie kompetent erfüllen können. Darüber hinaus arbeiten die Projektmitarbeiter direkt mit zwei Wasserversorgungsunternehmen zusammen, die sich in das neue Reformprogramm eingeschrieben haben und ihre Leistungen in den nächsten zwei Jahren im Rahmen des Reformplans erheblich steigern wollen. Das Ziel ist, die Serviceleistungen für die Bevölkerung rasch zu verbessern und die finanzielle Nachhaltigkeit der Betriebe wieder herzustellen. Die Wasserversorgungsunternehmen erkennen Abwasser zunehmend als Ressource. Um diese auch nutzen zu können, müssen sie über das technische, kommerzielle und normative Know-how verfügen. Das Projekt führt dieses Wissen in die Praxis der Wasserversorgungsunternehmen ein. Bereits in der Vergangenheit wurde mit Unterstützung der GIZ ein duales Ausbildungssystem und ein Zertifizierungssystem für Wasser- und Abwassertechniker erarbeitet. Damit die Wasserversorgungsunternehmen in Zukunft über qualifizierte Fachkräfte verfügen, werden die neuen Ausbildungsgänge in beruflichen Ausbildungsinstituten und den beteiligten Wasserbetrieben eingeführt, ebenso wie in mehreren Landesteilen die Zertifizierung von Fachkräften.

Wirkungen

Von den besseren Dienstleistungen werden alle Peruanerinnen und Peruaner profitieren, insbesondere diejenigen, die in den Gemeinden der beratenen Wasserversorgungsunternehmen leben. Die neuen beruflichen Ausbildungsgänge kommen landesweit jungen Erwachsenen zugute, die eine berufliche Ausbildung im Wassersektor anstreben, aber auch erfahrenem Betriebspersonal ohne Berufsabschluss.

Weitere Informationen: Lokale Website <http://www.proagua.org/pe> des Projekts AKUT Umweltschutz - Ingenieure Burkard und Partner - Kontakt: Hans-Werner Theisen hans-werner.theisen@giz.de

In diesem Zusammenhang ist es vielleicht interessant zu wissen, dass in Peru in den ländlichen Gebieten und in den Armutsvierteln der Städte die Wasserversorgung tatsächlich sehr schlecht ist. Wenn keine Quellen zur Verfügung stehen, werden die Menschen mit Wassertanklastwagen versorgt. Dieses Wasser ist qualitativ sehr viel schlechter und teilweise verunreinigt. An die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen sind bisher nur die besser gestellten Wohnviertel. In diesen Vierteln ist das Wasser absurderweise bis zu viermal billiger als in den Gebieten, die über die Tanks versorgt werden. Das dürfte sich auch durch das GIZ IS-Projekt nicht verändern, im Gegenteil.

• Biopiraterie in Mexiko

Ein beliebtes und ergiebiges **Experimentierfeld für als „Entwicklungszusammenarbeit“ getarnte Ausbeutung von Menschen und Ressourcen** des Südens durch Konzerne und ihre Zusammenschlüsse aus dem Norden bietet das bereits angesprochene und 1994 als

Schwellenland in den nordamerikanischen Freihandelsraum eingegliederte **Mexiko**. Dort gab es gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens einen indigenen Aufstand des Ejército Zapatista de Liberación Nacional (Zapatistisches Befreiungsheer, EZLN), den „Zapatistas“. Dem freien Handel der Konzerne und Eliten setzten die Zapatistas in der Folge ihres bewaffneten Aufstandes ihr Modell einer autonomen Selbstverwaltung und Ökonomie „von unten und links“ entgegen – mit dem Erfolg, dass sich (nicht nur) auf dem lateinamerikanischen Kontinent Widerstandsbewegungen positiv auf sie beziehen und teilweise sogar Ihre Aktionsformen übernehmen, wie im nächsten Beispiel dieses **Kommuniqué** zeigt:

MEXIKO:
MITTEILUNG VON GLOBALEM INTERESSE

An das mexikanische Volk
An die indigenen und ländlichen Gemeinden des Landes Mexiko
An die unabhängigen und ehrbaren sozialen Organisationen
An die gewissenhaften Völker dieser Erde
An die alternativen Medien
An die Europäische Union
An die Bundesrepublik Deutschland

DIE BIOPIRATERIE KOMMT IN UNSER LAND ZURÜCK

GETARNT ALS ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

„Sie haben uns in einer Schlacht besiegt, aber gewinnen werden sie den Krieg nicht.“
Dr. Overton Brent Berlin, nach der Bekanntgabe der Aufhebung des US-amerikanischen Biopiraterie-Projekts ICBG Maya am 30. Oktober 2001

10 Jahre nach der Aufhebung des Biopiraterie-Projekts ICBG Maya und ein Jahr vor Beendigung der Amtszeit einer Gruppierung, die durch Täuschung an die Macht der Republik Mexiko gekommen ist, hält ihr Chef (der Präsident des Landes), ohne Hoffnung auf ein Fortbestehen ihrer Politik am Schlüsselthema grüne Wirtschaft fest oder versucht es zumindest: Die grundlegenden Geschäfte der Biodiversität, der Zugang zu den begehrten genetischen Ressourcen, das Alphabet mit dem – nach ihren kühnsten Vorstellungen – die industrielle Zukunft der Menschheit geschrieben werden kann. Dies ist seine Motivation und die seiner multilateralen Verbündeten sowie der transnationalen Mächte, all die anderen Aspekte der Umweltagenda zu unterstützen und in Kraft zu setzen.

Am 30. August dieses Jahres taufte die bewaffnete Marine Mexikos das größte Kriegsschiff, das jemals in einer mexikanischen Werft vom Stapel gelassen wurde: die „Montes Azules“. Gleichzeitig zu diesem Anlass informierte der Amtsinhaber des SEMARNAT (Ministeriums für Umwelt und natürliche Ressourcen) in einem Rundschreiben (comunicado 386/11), dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) der Bundesrepublik Deutschland ein Projekt für Mexiko über den Zugang zu genetischen Ressourcen und über den Vorteilsverteilung genehmigte. Die Unterzeichnung des Projekts sei im November, würde sich auf eine Finanzierung von sechs Millionen Euro belaufen und habe eine Dauer von fünf Jahren. Der Beginn ist Anfang nächsten Jahres in der „WERFT“ des SEMARNAT, der CONABIO (nationale Kommission für Wissen und Nutzung der Biodiversität) und der CONANP (nationale Kommission der Naturschutzgebiete). Auf deutscher Seite nimmt sich die GIZ (Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit), der Leitung und Überwachung des Projekts an. Der mexikanische Amtsinhaber betonte, dass die Absicht dieses Projekts die Umsetzung des Nagoya Protokolls sei, welches die Erfüllung der Biodiversitäts-Konvention von Rio aus dem Jahr 1992 in Form von Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsverteilung festhält. Dafür werden die gesetzlichen Verfahren und Verwaltungsmechanismen festgelegt, die die Sicherung der indigenen Territorien, den Zugang zu den genetischen Ressourcen der nationalen Biodiversität garantieren, sowie die Umsetzung der biokulturellen Protokolle, die diesen Prozess legitimieren. Die Unterstützung von Initiativen zur Erhaltung der aus ökologischer Sicht priorisierten Gebiete, so heißt es, ist außerdem eines der Ziele.

Im Klartext, es handelt sich bei dem Projekt wie schon vor dreizehn Jahren um einen Fall von transnationaler Biopiraterie, diesmal nur getarnt.

Die historische Aufhebung des US-amerikanischen Projekts ICBG Maya vom Oktober 2001 hat erwiesen, dass es in mexikanischen, indigenen Gebieten sehr riskant ist direkt zu rauben. Die Räuber (die kapitalistischen Mächte und ihre Firmen, die sich dem Bio-Business widmen) und ihre lokalen Komplizen (der mexikanische Staat in all seinen Ebenen) haben ihre Lektion gelernt, um dieses Mal den vorherigen Weg auf ein Fundament aufzubauen (das das US-amerikanische Projekt ICBG Maya nicht bedachte): die vier Stützen der totalen Sicherung der Gebiete (juristisch, institutionell, physisch und sozial). Einmal errichtet wird dieser vielfältige Brückenkopf, mit dem sie diesmal hoffen den Zugang und die Verteilung der nationalen Biodiversität zu „garantieren“, zur Plünderung voranschreiten.

Die Dauer von fünf Jahren (wie ICBG Maya) ist mehr als genug (aus ihrer Sicht), um erst die vorausgehende facettenreiche Tarnung zu sichern und danach den eigenen Plünderungsaktionen bis zum bitteren Ende freien Lauf zu lassen.

Der antike Brauch der Macht, über die „Lokalisation“ zu schweigen wird auch bei dieser Rückkehr zelebriert. Bis 10 Tage vor Ende des angezeigten Monats für die Formalisierung des Projekts hat die mexikanische Regierung noch nicht gesagt, ob sie schon unterzeichnet haben oder nicht, und ebenso wenig nennt sie die Orte, die Völker oder die Verbündeten des neuen Abenteurers dieses Kaperschiffs.

Für uns handelt es sich nicht um ein Projekt „für die Menschheit“. Auf den Punkt gebracht, es geht nicht mehr um eine neue Initiative zur Erhaltung genauso wenig um weiteren Aufbau lateraler Entschädigungen/Unterschlagungen der grünen Geschäfte (Ökotourismus, Honig, Zierpflanzen) für die indigene Bevölkerung: Diesmal handelt es sich um den globalen Mehrwert, um ein strategisches Geschäft. Deswegen kommt jetzt Deutschland genau wie es die US-Amerikaner 1998 gemacht haben, als Industriemacht, weil es weder Nachbarn noch Verbündete bei den harten Geschäften gibt, nur Wettkampf.

Deswegen ist Deutschland in den letzten zehn Jahren an der Erhaltung der Biodiversität interessiert, versteckt hinter Entwicklungszusammenarbeit. Deutschland als Staat ist, nach den Vereinigten Staaten, das Land mit den meisten Investitionen in die Erhaltung biologischer Ressourcen in verschiedenen Regionen der Erde, die durch ihre große Biodiversität charakterisiert sind.

Der Erhalt der Biodiversität um die lokale Bevölkerung von der Armut zu erlösen oder eine sonderbare Betroffenheit über all die infektiösen Vektoren und Risiken, mit denen die indigene Bevölkerung täglich konfrontiert ist, sind nicht die Gründe, die den deutschen Staat antreiben in unser Land zu investieren, nicht mal um die Nachhaltigkeit der regionalen Versorgung mit natürlichen Ressourcen zu erhalten.

Im Falle Mexikos geht es auch nicht um die Bindung von überschüssigen CO₂ der Atmosphäre, denn die Biomasse des Amazonas Regenwald ist das tatsächliche Erbe in Anbetracht der Gesamtheit aller tropischen Regenwälder weltweit; und das Kapital, das im Bereich der Versorgung mit natürlichen Ressourcen arbeitet, ist nichts im Vergleich zur Kapitalmenge industrieller Güter (und wenn irgendeine Wirtschaft in dieser Welt sich auf diesem Axiom der Anhäufung gestützt haben sollte, ist es die abgeschirmte deutsche Wirtschaft.)

Deutschland hat weder Öl noch Ölfirmen, es konkurriert nicht in diesem Sektor. Dafür ist Deutschland das industrialisierte Land mit den meisten bedeutenden botanischen Ressourcen für seine phytopharmazeutische Industrie, die größte weltweit, und hat neueste Prozesse und Technologien im Sektor der Biotechnologie entwickelt. Welche der starken Wirtschaftsmächte das Feld der Nutzung der megadiversen Plätze des Planeten anführen wird steht noch nicht fest und kann angesichts des Aufschwungs in diesem Sektor nicht länger warten. Die geschwächte wirtschaftliche Konjunktur der Konkurrenten Deutschlands (die Vereinigten Staaten, England und Frankreich) bietet ihm die unvergleichliche Möglichkeit sich einen Vorsprung im Rennen um die Spitzenführung dieser neuen Ära zu holen.

Für sie und wegen ihr hat Deutschland in die Erhaltung der Biodiversität in unsere Länder Lateinamerikas investiert, um ein Mehrfaches zu ernten als die Euros, die in Form von Bargeld, Ausrüstung oder Know-how hineingesteckt worden sind. „Es ist auch eine Angelegenheit von

strategischem Interesse, nicht nur von wirtschaftlichem“ fügte am 7. Oktober des Jahres 2001 in einem Café von San Cristóbal, Chiapas, der Beauftragte für Wirtschaft und Handel der US-amerikanischen Botschaft in Mexiko, Carl Schönander, hinzu, als er versuchte des Projekts ICBG Maya wiederzubeleben, indem er besorgt warnte: „Deutschland, Frankreich und England haben auch die technologische Kapazität es zu machen“.

Wir denken auch nicht an Zufall, dass am 15. Juli, eineinhalb Monate vor der Bekanntmachung des deutschen Projekts durch den Amtsträger des SEMARNAT, der Minister des Auswärtigen Amts Guido Westerwelle zum Bioservat Montes Azules reiste, in „einen Regenwald, der von großer Bedeutung wegen seiner großen Biodiversität ist“ berichtete dann der Nachrichtendienst der deutschen Botschaft in Mexiko.

Die mexikanische Regierung hat und wird ihren Teil zu diesem Glanzstück des transnationalen Ingenieurwesens im Dienste des deutschen bioindustriellen Kapitals beitragen.

In 2008 initiierte die mexikanische Regierung eine Befragung genannt „Nationale Befragung der indigenen Bevölkerung Mexikos zu den Möglichkeiten ihres traditionellen Wissens, kulturellen Ausdrücken, natürliche, biologische und genetische Ressourcen zu schützen.“

Von Seiten föderaler Einrichtungen nahmen das CONANP, das CONABIO, das Amt für Auswärtige Angelegenheiten, das Regierungssekretariat, die mexikanische Einrichtung für industrielles Eigentum und das Büro der Autorenrechte teil, auch wenn sie ihre Anwesenheit für nichts weiter nutzten als um die Ohren zu spitzen. Es wurde niemals über die Themen ihrer Sachgebiete (natürliche Ressourcen, Biodiversität, Gene, Patente, Autorenrechte) gesprochen. Ebenso wenig verteilten sie irgendwelche Aufzeichnungen oder Informationsmaterialien über diese Themengebiete an die Betroffenen, noch weniger wurden diese Themen diskutiert, nicht einmal in der Versammlung obwohl gerade diese die zentralen Themen der Befragung waren.

Während der drei Jahre, über die sich die Befragung erstreckte, waren auch der Direktor der Abteilung der traditionellen Medizin des Gesundheitsministeriums, Alejandro Almaguer, und die stellvertretende Direktorin der Abteilung genetischer Ressourcen des SEMARNAT, Patricia Tovar, von Anfang bis Ende anwesend.

Vergangenem Juni endete die Befragung. Am Horizont lässt sich kein weiteres (sichtbares) Projekt in diesem Land ausmachen, das den Zugang zu genetischen Ressourcen zum Thema hat. Wir können bestätigen, dass die deutsche „Zusammenarbeit“ den erwartet, dass ihr der Zugang zur Bio-Plünderung garantiert wird, von einer unechten mexikanischen Regierung mit einem falschen sozialen Gewissen.

WAS FEHLT?

Aufgrund einer historischen Verpflichtung des mexikanischen Staats (so unecht wie die stattgefundene Befragung) fehlen zwei weitere Schritte. Erstens die „Sicherung der Territorien“ und Zweitens, die „biokulturellen Protokolle“.

Was bedeutet „Sicherung“? Die sozio-politische Bedeutung der verwendeten Terminologie in Ländern unter solchen Regimes wie das unsere (wie Kolumbien, Chile oder bis vor kurzem Peru), die ebenfalls von der deutschen Regierung aufgesucht worden sind, um dort mehr oder weniger das gleiche zu machen, wie sie es im Moment in unserem Land versuchen, liegt darin, dass wir alle notwendigen Aktionen auf Seiten des Staates realisieren müssen, um die institutionellen Eingriffsmöglichkeiten zu stärken um die (staatliche oder private) Kontrolle über die Verwaltungsprozesse der indigenen Territorien wiederzugewinnen.

Die biokulturellen Protokolle. In einer neoliberalen Republik sind sie nichts anderes, als die Bestimmungen und Bedingungen über die Territorien, die Ressourcen und die Kultur der „ausgewählten“ indigenen Völker, die sie geführt von fremder Hand konzipieren, diskutieren, billigen und abfassen, zum „Schutz ihrer Interessen“. Es ist keine waghalsige Unternehmung, die Rückkehr der jüngsten Geschichte zu stoppen. Anfang 2007 hat die aktuelle Regierung von Chiapas eine staatliche „Versammlung“ einberufen um den Entwicklungsplan 2007-2012 für die indigenen Völker zu erstellen. Und auch wenn es sich um eine regionale Angelegenheit öffentlicher Zuständigkeit handelte, deren Entscheidung der indigenen Bevölkerung unterliegt, ernannte die Regierung Dr. Dieter Paas zum Leiter dieser „Versammlung“, einen abgeklärten Abgesandten der

Europäischen Union zuständig für die Programme zur Erhaltung der Biodiversität. Über seine Email-Adresse, einer Adresse einer deutschen Domäne sollten die konsultierten indigenen Gruppen kommunizieren und von genau dieser Email-Adresse wurden auch die Ergebnisse der Versammlung „systematisiert“ an die Betroffenen versandt, (an die, die im Besitz einer Email-Adresse waren, all die anderen, die nicht im Besitz einer Email-Adresse sind, hat die Information nicht erreicht). Im endgültigen Entwurf, der von dieser deutschen Email-Adresse verschickt worden ist, wurden die Vorschläge und Vereinbarungen der Befragungsteilnehmer, ausgenommen der Formalitäten, unterschlagen, von wem auch immer. Im Kapitel über indigene Ressourcen und Länder legte man eine Richtung fest, die nur einem Nazi in den Sinn kommen könnte. Man sollte bedenken, wo sich der mexikanische Staat mit seinen deutschen Verbündeten bewegt, wenn sie von der Festlegung biokultureller Protokolle sprechen: „ die Umsetzung der Ordnung der Territorien soll sich über die soziale und kulturelle Ordnung erstrecken.“

Um von anderen Zielen des deutschen Projekts zu sprechen, signalisiert das Bundesumweltministerium dass auch Initiativen zur Erhaltung von ökologisch priorisierten Gebieten unterstützt werden. Im Rahmen all dessen, was bereits gesagt wurde, fragen wir uns: ökologisch priorisiert – für wen und wofür?

AN DEN DEUTSCHEN STAAT UND SEINE LOKALEN LAKAIEN UM ES DEUTLICH ZU SAGEN: WIR WERDEN NICHT AUFGEBEN.

Das Land und ihre Ressourcen, für die sich der deutsche Staat begeistert, sind Gemeinschaftsland der indigenen Völker und Gemeine Güter aller Mexikaner. Wonach die Macht in einer Region giert, wächst und multipliziert sich in vielen anderen Regionen, in einigen Fällen auch außerhalb unserer Grenzen. Für den deutschen Staat und unsere neoliberalen Regierungen stellen die Territorien, Ressourcen und Kulturen einen globalen Reichtum in toten Händen dar, die sich unrechtmäßig im Besitz von ausgegrenzten Völkern befinden. Für uns sind sie Brot des gemeinschaftlichen Lebens in den Händen jener, die sie geschützt und vermehrt haben, seit ewigen Zeiten: ihre ursprünglichen Verwalter, die indigenen Völker.

Um das Land zu kämpfen ist ein Brauch von uns Völkern und von allen anderen auf dieser Welt, die verstehen, was die Erde bedeutet. Wir denken, dass es ihnen vielleicht in Deutschland schwer fällt, es zu verstehen, weil dort vielleicht das Land, für einige, vor allem für die von oben, nur ein Handelsmarkt oder eine strategische Ressource zur Kontrolle anderer Völker ist, aber für uns ist die Erde das Meistgeliebte. Sie wacht über unsere Toten und beschenkt uns großzügig mit allen Früchten, die Gott gesät hat, grenzenlos, für alle, euch eingeschlossen.

Sie haben schlecht kalkuliert, wenn sie glauben, wir würden müde werden oder uns in Machenschaften hineinziehen lassen. Damen und Herren der deutschen Regierung und unsere Vasallen, die den Weg für ihre Unternehmung ebnen, denkt daran: vergesst es nicht: Kämpfen gegen den Missbrauch und Betrug, gegen die Ausbeutung und den Verkauf dessen, was Gott für alle geschaffen hat, ist der Geist, der in jeden Mann und in jede Frau geboren ist, der sich auf unserer Erde bewegt. Denken Sie darüber nach. In einigen Tagen, dem 28. November 2011, wird es 100 Jahre her sein, dass eine Gruppe mexikanischer Bauern im Bundesstaat Morelos, nach der Ausbeutung ihres Landes und der Plünderung ihrer Ressourcen, die erste Volksrevolution des 20. Jahrhunderts in ihrem Land ausruft, gegen die Pächter des Geldes und gegen die schlechte Regierung, die alleinig ihre Interessen wahrten. Diese Gruppe verteidigte das Land für alle, hat für alle darum gebeten und ging für alle in den Tod, weil es keine andere Möglichkeit gab und gewannen und gewannen.

Es ist fast achtzehn Jahre her, dass sich in dem südwestlichen Bundesstaat Chiapas, aus dem wir schreiben, eine indigene Bewegung unter dem Namen einiger anderen, die im Zentrum des Landes Jahrzehnte vorher kämpften, kamen, um alle daran zu erinnern dass das gemeinsame Wort, das Land und die Würde das lebende Samenkorn in der Erinnerung der Völker ist. Im gemeinsamen Kampf für alle beendeten sie die Plünderung, die Ausbeutung und die Ausgrenzung, zumindest in diesem Bundesstaat.

Und wir erinnern Sie auch daran, und dass sollten Sie nicht vergessen, dass vor 13 Jahren die US-amerikanische Regierung, in Komplizenschaft mit unserer Regierung unsere Altäre mit indigenem Blut beschmierte als sie versuchten ein sehr ähnliches Projekt durchzusetzen und unsere biologischen Ressourcen und das damit verbundene indigene traditionelle Wissen zu plündern. Dabei stießen sie auf den entschlossenen Widerstand der indigenen Gemeinden, ihrer

organisierten traditionellen Heiler und auf eine Welle der Solidarität der Zivilgesellschaft, die sich überschlagen hat den Kampf im Dienste aller zu unterstützen. Weil wir für alle unsere Stimme erhoben und erheben und weil wir für den Weg dieses Kampfs gingen, wurde das US-amerikanische Projekt, meine Damen und Herren aus Deutschland und ihre Lakaien, die sie begleiten, am Ende aufgelöst.

Damen und Herren des deutschen Staats und lokale Komplizen, die Ihnen die Türen öffnen: stoppen Sie Ihr Projekt der Ausbeutung und des Betrugs, verstehen Sie, dass Ihre Art und Weise nicht der Weg der indigenen Völker ist, auch wenn deren geschwächte Stellung in unserer Verfassung für alle Männer und Frauen unserer Nation festsetzt, eins zu sein mit allen Männern und Frauen dieser Erde.

Auch wenn wir bei unserer Geburt mit der Kraft und Geschicklichkeit zum Kampf ausgestattet worden sind, sehnen uns nicht danach, da die Gemeinde ein Ort des Friedens ist. Aber verstehen Sie, dass unser Friede weder ein unterwürfiger Frieden ist noch es sein kann; unser Frieden ist kein Frieden im Krieg, meine Herren die den deutschen Staat verwalten und lokale Vasallen, die den Weg bereiten. Unser Frieden ist verbunden mit der Versorgung und dem Schutz, den uns die Erde schenkt, unsere Erde, und nicht mit der Habgier dessen, der es nimmt um einige auszubeuten und um viele mehr zu unterwerfen. WIR WERDEN NICHT AUFGEBEN:

AN DAS DEUTSCHE VOLK

Deutsche. Wir wenden uns an euren Staat bzw. an eure Regierung um sie anzuklagen und wir warnen sie davon, mit ihrem Projekt der Bioplünderung fortzufahren und sich gegen unsere Gemeinden zu stellen, wir richten uns nicht gegen euch.

Wir werden unseren Kampf beginnen um das zu verteidigen, was uns oder allen gehört. Aber auch bei Euch liegt die politische Verantwortung es aufzuhalten, weil es eure Regierung ist, die die Plünderung und Ausbeutung konzipierte und leitet. Einige Deutsche werden in der Art und Weise denken und handeln wie es ihre Regierung tut, aber wir glauben, dass es die Mehrheit nicht tut. Beweis dafür ist, dass die Presse in Deutschland nichts über dieses Projekt veröffentlicht hat, ebenso wenig wurde das Projekt auf den offiziellen Seiten des Internet der GIZ oder des BMZ, Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit „für die nachhaltige Entwicklung“ erwähnt.

Eure Regierung und eure Firmen suchen hinterlistig die Ressourcen und das damit verbundene Wissen unserer Länder, um später damit Geschäfte mit euch zu machen und um uns zu verbieten sie zu nutzen oder um uns zu spalten. Gott hat sie für alle geschaffen, ob Medizin oder Lebensmittel die nur hier in den Hängen wachsen, nirgendwo sonst, Ressourcen auf die wir aufpassen und die wir nutzen, aber auch ihr könnt sie für euren Gebrauch nutzen, weil ihr und wir aus dem gleichen Blut gemacht sind, ihr und wir können uns auf welche Art auch immer von diesen Ressourcen ernähren und ihr und wir können das Wissen gebrauchen, die Gott uns gab. Diese Ressourcen - die „montañas“ , so wie wir alles nennen, was in der Erde wächst, was wir nicht gesät haben - schützen und verteidigen nicht nur für uns, liebe Deutsche. Wenn ihr oder andere Personen dieser Erde, wer auch immer es sei, etwas von ihnen benötigt, geben wir es euch, und wir werden nichts dafür verlangen. Wir werden euch zeigen, wofür sie nützlich sind, weil der Gott, der sie dort geschaffen hat, uns auch das Wissen gegeben hat, wie man sie benutzt. Ohne dass etwas dafür von uns verlangt wird, nutzen wir sie bzw die Kenntnisse. Aber er hat sie nicht nur für uns in diese geweihte Erde gelegt, auf der wir leben, sondern sind sie dort für jeden, der sie benötigt. Es ist nicht wichtig, ob er aus unserem Volk ist oder weit davon entfernt wohnt. Wir geben sie euch, es sind eure und unsere, von allen.

Aber wir sind nicht damit einverstanden sind und werden es niemals sein, , dass irgendjemand sich der Seele der Dinge aneignet (chúlel nennen wir es oder Gene, wie ihr es nennt), ob es Ressourcen sind oder Kenntnisse, oder dass man ihnen einen Preis gibt, weil die Seele der Lebewesen und der Dinge, die Gott gegeben hat, für alle zur Verfügung stehen und keiner sie besitzen kann. Und in unserem Glauben der Völker ist das etwas Heiliges und das Heilige, Brüder und Schwestern aus Deutschland, hat keinen Preis. Wenn ihr es in euren Dörfern mit euren Ressourcen und Kenntnisse nicht so handhabt, wie wir es tun, weil ihr ja an reine Patente gewöhnt seid, respektieren wir auch euren Weg. Aber so wie wir euren Weg respektieren, respektiert ihr doch den unsrigen, den wir seit vielen tausenden Jahren gehen.

Weder gehen wir in eure Länder um eure Entwicklungspläne nach unserer Denkweise zu koordinieren, noch beuten wir die Seele eurer „montañas“ oder Kenntnisse aus, noch spalten wir

eure Leute, wie es in unseren Ländern gerade eure Regierung macht. Wir bitten wir euch nicht einmal, uns etwas für diese Ressourcen und Kenntnisse zu schicken, die uns heilig sind, und die wir euch überlassen. Wir bitten nur darum, dass ihr die Seele respektiert und wiedererkennt, mit der sie euch überlassen werden, die keine andere ist, als die Seele der Erde auf der ihr und wir leben.

Die Macht, die eure Welt verwaltet, Brüder und Schwestern aus Deutschland, ist in unser Land zurückgekehrt mit dem Wort der Eroberer. Wir sind überzeugt in Würde zu leben, unterstützt vom Geist der Völker und dem Projekt der Befreiung des großzügigen Kelches unseres Vaterlandes, im Gedenken an die Tausende von Indigenen und mexikanischen Bauern, die vor 100 Jahren gefallen sind, um den Plan de Ayala möglich zu machen, und als Beweis dafür dass er nicht gestorben ist.

BEGINNEN WIR HEUTE VON NEUEM FÜR ALLE, zu unterscheiden ohne zu trennen. Wir kämpfen für die Verteidigung der kollektiven Umwelt, unserer Ressourcen und gemeinsamen Wissens und werden nicht aufhören bis der deutsche Staat und seine heimischen Lakaien von ihrem Unternehmen ablassen und die Dörfer, frei und demokratisch, unterstützt vom Volk, über ihren Weg selbst bestimmen können zum solidarischen Nutzen der ganzen Menschheit.

Im Einverständnis der außerordentlichen Versammlung, die abgehalten wurde, um eine Übereinstimmung über dieses Projekt zu erhalten,
die Repräsentanten der Vereinigung der traditionellen indigenen Heiler und Hebammen für die allgemeine Gesundheit in Chiapas, el COMPITSCCH

● **Ausbeutung der Artenvielfalt unter dem Deckmantel des „Artenschutzes“**

So gibt SEMARNAT am 30. August 2011 eine geplante Zusammenarbeit mit dem BMZ bekannt (Com-386/11). Dabei wird Deutschland Mexiko in einem auf fünf Jahre angelegten Projekt mit 6 Millionen Euro unterstützen. Als Ziel des Projektes wird die Rettung der genetischen Ressourcen genannt: „El funcionario federal explicó que de esta manera se buscará apoyar el establecimiento del marco institucional y los procesos legales y administrativos necesarios que garanticen la consolidación de territorios indígenas y el acceso a los recursos genéticos y la justa repartición de los beneficios derivados de su utilización.“

Es sollen der notwendige „institutionelle Rahmen sowie legale und administrative Prozesse geschaffen werden, welche die Sicherung der indigenen Territorien, den Zugang zu den genetischen Ressourcen wie auch die gerechte Verteilung des Nutzens derselben sicherstellen.“ Dabei wird auf die „Convention on Biological Diversity“ (CBD) sowie die Protokolle von Nagoya verwiesen.

Die Bundesregierung gibt am 25.11.2011 in einer Pressemeldung Regierungsverhandlungen mit Mexiko bekannt. Dabei geht es um die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Bereich Umwelt-, Klima- und Biodiversitätsschutz sowie um eine Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit. Auf einer weiteren Seite des BMZ heißt es dann etwas konkreter:

„[...] Mexiko und Deutschland haben im November 2011 vereinbart, die Zusammenarbeit um den Biodiversitätsschutz zu erweitern. Ziel ist, in Mexiko, einem der sogenannten "megabiodiversen" Länder, einen Beitrag zum Schutz der Artenvielfalt und deren Lebensräumen zu leisten.

Anknüpfungspunkt der Unterstützung ist die mexikanische Strategie zur Biodiversität aus dem Jahr 2000 (Estrategia Nacional sobre Biodiversidad de México), die vier strategische Handlungsansätze vorsieht: 1. Schutz und Konservierung, 2. Analyse der Biodiversität, 3. Kenntnis und Handhabung der Information und 4. Diversifizierung der Nutzung. Zudem hat Mexiko bei der LifeWeb-Initiative der Konvention über biologische Vielfalt (CBD) einen Antrag mit konkreten Projektideen eingereicht, der Ausgangspunkt für ein Engagement von Gebern ist. [...]“



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 11055 Berlin

Herrn
Andrej Hunko MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Postaustausch

Ursula Heinen-Esser
Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

TEL +49 3018 305-2030

FAX +49 3018 305-2039

Büro Ursula.Heinen@bmu.bund.de

www.bmu.de

Berlin, 06.08.12

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre Schriftliche Frage mit der Arbeitsnummer 7/348 vom 31. Juli 2012
(Eingang im Bundeskanzleramt am 1. August 2012)

„In welchen Regionen in Mexiko (sortiert nach Bundesstaaten und Größe) ist in der im November 2011 zwischen Deutschland und Mexiko vereinbarten Zusammenarbeit zur Erweiterung des Biodiversitätsschutzes vorgesehen, weitere Schutzgebiete auszuweisen beziehungsweise Schutzgebietskorridente zu etablieren, und welche konkreten privaten und zivilgesellschaftlichen Akteure sind an diesem Prozessen beteiligt?“

beantworte ich wie folgt:

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) hat 2011 ein Vorhaben zum Biodiversitätsschutz zugesagt. Das Vorhaben wird in Kürze beginnen. Es wird sich dem Schutz und der nachhaltigen Nutzung der Biodiversität und ihrer Bestandteile im Golf von Kalifornien widmen. Das Vorhaben umfasst die Bundesstaaten Baja California, Baja California Sur, Sonora, Sinaloa und Nayarit mit der Gesamtfläche von rd. 416.000 km².





Seite 2

Ein Kernelement ist die Förderung einer bislang fehlenden gemeinsamen Strategie der Schlüsselakteure als Grundlage für abgestimmtes Handeln. Schutzgebiete in der Region sollen in enger Abstimmung agieren und über angrenzende Sondernutzungszonen ihren Einfluss erweitern. Private und zivilgesellschaftliche Akteure, die an den Prozessen beteiligt werden, sind lokale Gemeinschaften, Fischergruppen und deren soziale Organisationen, die Privatwirtschaft (Tourismusentwicklung, Immobilienentwickler, Unternehmensverbände und Genossenschaften, insbesondere im Sektor Fischerei und Aquakultur) akademische Einrichtungen und die wesentlichen Nichtregierungsorganisationen in der Region.

Durchführungspartner auf mexikanischer Seite ist die nationale Schutzgebietskommission CONANP (Comisión Nacional de Áreas Naturales Protegidas) als nachgeordnete Behörde des mexikanischen Umweltministeriums.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) hatte bei den Regierungsverhandlungen 2011 je ein Vorhaben der technischen und der finanziellen Zusammenarbeit zum Erhalt der Biodiversität in der Sierra Madre Oriental zugesagt. Im Vorhaben der technischen Zusammenarbeit ist vorgesehen, folgende fünf neue bzw. noch nicht sehr weit entwickelte aber bereits ausgewiesene Schutzgebiete und die Korridore zwischen diesen Schutzgebieten zu unterstützen.

- "Sierra Tamaulipas" (290.311 ha) im Bundesstaat Tamaulipas
- "Sierra de Abra Tanchipa" (215.000 ha) im Bundesstaat San Luis Potosí
- "Corredor Ecológico Sierra Madre - Huasteca Potosina" (682.806 ha) im Bundesstaat San Luis Potosí
- "Sierra de la Silleta" (13.000 ha) im Bundesstaat San Luis Potosí



...



Seite 3

- "Bosque Mesófilo de Hidalgo y Veracruz" (491.000 ha) im Bundesstaat Hidalgo.

Das Vorhaben der finanziellen Zusammenarbeit, das sich in der Vorbereitungsphase befindet, wird voraussichtlich in den o. g. Schutzgebieten und Korridoren tätig werden und darüber hinaus Schutzgebiete im Golf von Mexiko unterstützen.

Durchführungspartner ist ebenfalls die Nationale Schutzgebietskommission CONANP. Die Zusammenarbeit mit privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren wird derzeit konkretisiert. Geplant ist, lokale Gemeinschaften, private Eigentümer von Schutzgebieten, lokale Nichtregierungsorganisationen sowie voraussichtlich wissenschaftliche Einrichtungen und die Privatwirtschaft einzubeziehen.

Mit freundlichen Grüßen

Ursula Heinen-Esser



● **Regierungsverhandlungen mit Mexiko** (Quelle: <http://www.bmz.de>, 25.11.2011)

Die Bundesregierung wird künftig ihre Zusammenarbeit mit Mexiko zu den zukunftssträchtigen Themen Umwelt- und Klimaschutz, erneuerbare Energien und Energieeffizienz, Erhalt der Biodiversität, Umweltforschung und -technologie sowie Bildung, Wissenschaft, Innovation und in der Außenwirtschaftsförderung vertiefen. Unter dem Dach einer sogenannten "Technologieentwicklungspolitik" werden Entwicklungspolitik, Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft sich

stärker verzahnen und zum Klimaschutz in Mexiko beitragen. Dies ist das Ergebnis der deutsch-mexikanischen Regierungsverhandlungen, die vom 22.-24. November 2011 in Berlin stattfanden. Diese weitreichende Zusammenarbeit unterstreicht die Bedeutung der Partnerschaft zwischen Mexiko und Deutschland sowie die guten Beziehungen zwischen beiden Ländern. Von deutscher Seite nahmen neben dem Bundesentwicklungsministerium das Auswärtige Amt, das Bundesumweltministerium, das Bundesbildungsministerium und das Bundeswirtschaftsministerium teil.

Für das BMZ ist Mexiko ein globaler Entwicklungspartner. Im Fokus der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Mexiko steht daher der Schutz globaler öffentlicher Güter. Im Umwelt- und Klimaschutz geht es dabei um die Themen Abfall-, Abwasser- und Altlastenmanagement sowie um erneuerbare Energien und Energieeffizienz. In Mexiko kommt dem Schutz der Artenvielfalt und der Wälder als Lebensraum vieler Arten eine hohe Bedeutung zu. Daher wurde neu vereinbart, die Zusammenarbeit auf den Bereich Biodiversitätsschutz auszuweiten. Zugleich wird die deutsche Entwicklungszusammenarbeit Mexiko künftig beim Aufbau seiner neu gegründeten Agentur für Entwicklungszusammenarbeit, der AMEXCID, beraten. Auch Dreiecks Kooperationen, bei denen Mexiko und Deutschland den Entwicklungsprozess anderer Länder gemeinsam unterstützen, bleiben wesentliches Element der Zusammenarbeit.

Über die Internationale Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums werden Maßnahmen zum Klima- und Biodiversitätsschutz unterstützt. Im Klimaschutz wurde neu vereinbart, gemeinsam Mechanismen zur Umsetzung von Mexikos Klimaschutzziele zu entwickeln, die ihre Grundlage im Prozess der Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen haben. Im Bereich Biodiversität wird die Zusammenarbeit auf marine Schutzgebiete im Golf von Kalifornien ausgeweitet. Damit wird ein Beitrag zum Schutz bedrohter Meeresarten sowie von Küstenregionen, die vom Klimawandel bedroht sind, geleistet.

In Bildung, Wissenschaft und Forschung arbeiten Mexiko und Deutschland erfolgreich in diversen Bereichen zusammen. Themen sind hier zum Beispiel Umwelt- und Klimaforschung, Biotechnologie, Meeresforschung, Produktionstechnologien, erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Kooperationen zwischen Forschungsinstitutionen und Universitäten fördern Exzellenz und Innovation auf beiden Seiten. Auch über Stipendienprogramme wird der Austausch von Studentinnen und Studenten, Doktoranden sowie Forscherinnen und Forschern befördert. Im Rahmen der High-Tech-Strategie werden Forschung und Lehre, Wissenschaft und Wirtschaft an einen Tisch gebracht, um gemeinsam Ziele besser zu erreichen. Zudem ist die berufliche Bildung ein Baustein der Zusammenarbeit.

Im Bereich der Außenwirtschaftsförderung unterhält das Bundeswirtschaftsministerium unterschiedliche Angebote, um die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Mexiko und Deutschland zu verdichten. So hat Mexiko Teil an unterschiedlichen Exportinitiativen, zum Beispiel im Bereich Energieeffizienz. Außerdem ist Mexiko eines der Auftaktländer der Initiative "Neue Zielmärkte", in deren Rahmen die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit aufstrebenden Ländern außerhalb der EU intensiviert werden sollen. Zudem sind diverse Veranstaltungen, zum Beispiel der "German Mexican Business Summit" 2012 und die Unterstützung von Auslandsmessen, zum Beispiel der Internationalen Buchmesse in Guadalajara 2011 und der "Green Expo" 2012 vorgesehen.

Das Auswärtige Amt engagiert sich bei der Förderung von Menschenrechten und Demokratie in Mexiko. So werden Projekte zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern, zur Umsetzung der Justizreform, zur Implementierung der Urteile des Interamerikanischen Gerichtshofes für Menschenrechte und zum besseren Schutz von Journalisten, die durch die organisierte Kriminalität bedroht werden, gefördert. Neben dem fortlaufenden politischen Dialog, der durch zahlreiche Treffen auf hoher Ebene gepflegt wird, wird auch die institutionelle Zusammenarbeit mit dem mexikanischen Außenministerium intensiviert. Mit Mexiko findet als erstem lateinamerikanischen Land ein Austausch von Diplomaten der jeweiligen Außenministerien statt. Darüber hinaus nehmen mexikanische Diplomaten regelmäßig an Fortbildungskursen der Internationalen Diplomatenakademie des Auswärtigen Amtes teil.

• **Siemens und GIZ vereinbaren Zusammenarbeit bei Stadtentwicklung und Infrastruktur**

Roland Busch, Mitglied des Vorstands der Siemens AG, und Christoph Beier, stellvertretender Vorstandssprecher der GIZ, unterzeichnen die Kooperationsvereinbarung in der Münchner Siemens-Konzernzentrale. Die Siemens AG und die GIZ wollen künftig gemeinsam dazu beitragen, Städte nachhaltiger und lebenswerter zu gestalten. Der stellvertretende Vorstandssprecher der GIZ, Christoph Beier, und Roland Busch, Mitglied des Vorstands der Siemens AG, unterzeichneten heute in München eine entsprechende Vereinbarung. Weltweit lebt heute bereits mehr als die Hälfte der Menschen in Städten, bis 2050 werden es rund 70 Prozent sein. „Die wachsenden Städte stellen die Menschheit vor gewaltige Herausforderungen“, erklärte Beier. „Denn in Städten entstehen zwar rund 80 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung. Ähnlich hoch sind aber auch der Verbrauch von Ressourcen und der Ausstoß von CO₂. Zur Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen hat Siemens hochinteressante Technologie-Lösungen entwickelt. Gemeinsam mit Siemens können wir unsere Partner und Kunden noch effektiver unterstützen. Wir ergänzen uns sehr gut.“ Erste gemeinsame Projekte werden derzeit zwischen GIZ und Siemens ausgelotet. Die Zusammenarbeit hat dabei keinen exklusiven Charakter.

Auch Roland Busch, CEO Infrastructure & Cities der Siemens AG, beurteilt die geplante strategische Zusammenarbeit positiv. „Die Städte von heute stehen zahlreichen Herausforderungen gegenüber, die alle mit der zunehmenden Urbanisierung zu tun haben. Deshalb suchen sie nach intelligenten Infrastrukturlösungen, am besten aus einer Hand. Themen wie Verkehr, Energieversorgung, Sicherheit, Wasser und Stadtentwicklung können nicht mehr isoliert betrachtet werden, sondern erfordern ein gemeinsames Vorgehen. GIZ und Siemens sind hierfür ideale Partner.“

Siemens stellt zum Beispiel technologische Lösungen für die Bereiche Transport, Energie und Wasser sowie Abwasser bereit. Das Unternehmen entwickelt energieeffiziente S-Bahnen, Solaranlagen und intelligente Stromnetze. (Stand: 01.08.2014)

• **German Water Partnership - Die Innovationsplattform der deutschen Wasserwirtschaft**

Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren durch eine Vielzahl von Initiativen und als einer der größten Geberländer für Entwicklungsprojekte im Wassersektor eine wichtige Rolle in der internationalen Wasserpolitik erarbeitet. Hiermit verbinden sich auch Erwartungen für die Zukunft hinsichtlich des deutschen Beitrags zur Lösung wasserwirtschaftlicher Probleme in vielen Teilen der Welt.

Gleichzeitig ist der Wassersektor ein internationaler Zukunftsmarkt. Der Investitionsbedarf für eine ordnungsgemäße Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Osteuropa, in den Schwellenländern Asiens sowie Mittel- und Südamerikas und nicht zuletzt in den Entwicklungsländern ist enorm. Darüber hinaus wird die Nachfrage nach innovativen Lösungen zur effizienten Nutzung knapper Wasserressourcen wie beispielsweise in der Industrie und in der Landwirtschaft weltweit zunehmen. Es geht dabei nicht allein um angepasste und innovative Technik, sondern auch um inhaltliche wie organisatorische Konzepte für das Wasser- und Gewässermanagement.

Seit Jahren besteht in der deutschen Wasserwirtschaft sowie in der politischen Diskussion über die Modernisierung der deutschen Wasserwirtschaft grundsätzlich Einvernehmen über die Notwendigkeit, den internationalen Auftritt der deutschen Wasserwirtschaft zu verbessern, ihr Profil zu schärfen und ihre vielfältigen Kompetenzen und Leistungsangebote besser zu bündeln. Diese Notwendigkeit wird auch in dem im Jahre 2006 vorgelegten Bericht der Bundesregierung zur Modernisierungsstrategie für die deutsche Wasserwirtschaft betont.

Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung in den Jahren 2007 und 2008 mit engagierten Vertretern aus der deutschen Wasserwirtschaft und der Wasserforschung Eckpunkte für die Schaffung einer gemeinsamen Innovationsplattform Wasser unter Beteiligung von Wirtschaft, Politik und Wissenschaft entwickelt. Am 8. April 2008 wurde als Ergebnis der vorangegangenen Initiative German Water Partnership als Verein gegründet.

German Water Partnership e.V. ist ein erfolgreiches innovatives Netzwerk mit circa 350 Mitgliedern

(Stand: Juli 2014), in dem sich private und öffentliche Unternehmen aus dem Wasserbereich, Fachverbände und Institutionen aus Wirtschaft und Forschung unter einem Dach zusammengeschlossen haben. Unterstützung erfährt die Innovationsplattform durch die partnerschaftlich verbundenen Bundesministerien für Umwelt, Forschung, Entwicklung, Wirtschaft sowie dem Auswärtigen Amt.

German Water Partnership bündelt die Aktivitäten, Informationen und Innovationen des deutschen Wassersektors, um die Wettbewerbssituation auf den internationalen Märkten zu stärken und mit integrierten und nachhaltigen Ansätzen zur Lösung wasserwirtschaftlicher Probleme weltweit beizutragen. In speziell eingerichteten Länderforen werden Lösungsansätze auf die Problemstellungen in ausgesuchten Ländern bzw. Regionen angepasst.

German Water Partnership ist somit zentraler Ansprechpartner der deutschen Wasserwirtschaft für Anfragen aus dem Ausland.

(Quelle: <http://www.bmub.bund.de/themen/wasser-abfall-boden/binnengewasser/german-water-partnership/>)

• German Food Partnership

Die German Food Partnership (GFP) ist eine 2012 auf Bestreben deutscher Unternehmen und Verbände und unter Schirmherrschaft des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gegründete Initiative zur Stärkung der Ernährungssicherung in Entwicklungs- und Schwellenländern. Die Initiative ist bestrebt, private und öffentliche Akteure wie internationale Unternehmen der Agrar- und Ernährungsindustrie, Verbände und Stiftungen, den öffentlichen Sektor sowie Unternehmen aus Entwicklungs- und Schwellenländern in einem Netzwerk zusammenbringen um Nahrungsmittelsicherung vor Ort zu verbessern. Ursprünglich wurde die Initiative 2012 unter dem Namen „Deutsche Initiative für Agrarwirtschaft und Ernährung in Schwellen- und Entwicklungsländern“ (DIAE) gegründet und im Juni 2013 in GFP umbenannt. Inhalt und Akteure An der GFP sind bislang 32 deutsche und internationale Unternehmen beteiligt. Dazu gehören unter anderem die Bayer CropScience AG, die METRO-Gruppe, BASF und Syngenta. Das der Initiative zu Grunde liegende Modell ist das der Public Private Partnerships (PPP). Durch die strategische Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Akteuren soll die Ernährungssicherheit in Entwicklungs- und Schwellenländern verbessert werden. Dies bedeutet, dass mit Hilfe der GFP Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in Schwellen- und Entwicklungsländern der Zugang zu Industriesaatgut, Düngemitteln, Pestiziden und Märkten ermöglicht wird. Die GFP möchte mit der Bildung der sektorübergreifenden Kooperation von privaten und öffentlichen Akteuren Capacity Building für Unternehmen in der Agrar- und Ernährungswirtschaft betreiben.

Finanziert wird die GFP durch das BMZ, die Bill & Melinda Gates Foundation sowie die Walmart-Stiftung. Die Aufwendungen durch das BMZ und die Stiftungen betragen momentan ca. 19,36 Millionen Euro. Im Januar 2013 sagten der ehemalige Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP), die beteiligten Agrarkonzerne und die Bill & Melinda Gates Foundation dem gesamten Projekt 80 Millionen Euro zu. Die Partnerunternehmen der GFP tragen ebenfalls zur Finanzierung der Projekte bei, diese Finanzierungsanteile und auch deren Verwendungsart werden jedoch nicht vom BMZ oder den Unternehmen veröffentlicht. Nach den Informationen der Bundesregierung umfassen sie einen Betrag der zwischen knapp dem Doppelten und Dreieinhalbfachen des BMZ-Anteils liegt. Der öffentliche Anteil wird über die Strukturen und Projektarbeit der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) abgewickelt. Im Oktober 2012 wurden als Resultat eines drei-tägigen Workshops in Lusaka vier Projekte entwickelt. Im November 2013 wurden diese vier Projekte der GFP lanciert und begannen im Februar 2014 mit Workshops zur Initiierung in den jeweiligen Partnerländern. Die GFP gliedert sich in die zunehmende Gründung von PPPs zur Verbesserung von Agrarpolitik in Entwicklungs- und Schwellenländern ein. Ähnliche Initiativen sind die „Neue Allianz für Ernährungssicherung“ der G8-Staaten oder das Projekt „Grow Africa“ der Afrikanischen Union (AU).

Projekte der German Food Partnership

Bisher wurden vier Projekte initiiert: Oilseeds Initiative Africa, Potato Initiative Africa, Competitive African Rice Initiative und Better Rice Initiative Asia.

Oilseeds Initiative Africa (OIA)

Das OIA-Projekt findet hauptsächlich in Ghana und Mosambik statt. Daran beteiligt ist als größter Förderer unter anderem BASF. Ölsaaten gelten als Interessensschwerpunkt mit großem Marktpotenzial von deutschen und lokalen Unternehmen. Die Zuwendung des BMZ für das Projekt beläuft sich auf circa 350.000 Euro.

Potato Initiative Africa (PIA)

Das PIA-Projekt findet in Nigeria und Kenia statt und findet unter anderem in Kooperation mit Bayer CropScience und Syngenta statt. In beiden Ländern sollen nationale wettbewerbsfähige Wertschöpfungsketten für die Kartoffelproduktion aufgebaut und erweitert werden. Öffentlich gefördert wird das Projekt mit ca. 350.000 Euro.

Competitive African Rice Initiative (CARI)

Das CARI-Projekt ist mit ca. 15,86 Mio. Euro (unter anderem von der Bill und Melinda Gates Foundation) das am stärksten geförderte Projekt der GFP. Es soll in Nigeria, Ghana, Burkina Faso und Tansania implementiert werden. Das übergeordnete Ziel von CARI ist es, das Einkommen von ca. 90.000 afrikanischen Reisproduzenten zu verdoppeln. Hier soll vor allem mittels PPPs die Produktion von Reis erhöht werden.

Better Rice Initiative Asia (BRIA)

Das BRIA-Projekt soll die Wertschöpfungsketten von Reis in Indonesien, Thailand, Philippinen und voraussichtlich Vietnam optimieren. Dazu sollen lokale Organisationen von Bauern und Bäuerinnen gestärkt werden. Diese sollen in Geschäfte mit Reisverbänden- und Händlern integriert werden. Sie sollen vom Einkauf von Maschinen und Saatgut sowie einem erleichterten Zugang zu Finanz- und Dienstleistungsangeboten profitieren [6]. Öffentlich wird das Projekt mit ca. 2,8 Mio. Euro gefördert.

Kritik

Die Initiative wird vor allem von deutschen Nichtregierungsorganisationen kritisiert. Dabei stehen die fehlende Interessenvertretung der Kleinbauern und Kleinbäuerinnen in Entwicklungs- und Schwellenländern im Vordergrund sowie die Intransparenz der finanziellen Beteiligung der Agrarkonzerne an den Projekten. Außerdem wird der Bundesregierung vorgeworfen, mit der GFP überwiegend die Wirtschaftsinteressen von Agrarkonzernen zu vertreten, um neue Absatzmärkte für Hohertragssaatgut, Pestizide und synthetische Düngemittel zu schaffen. Bezweifelt wird darüber hinaus der tatsächliche entwicklungspolitische Erfolg der Integration von Kleinbauern und -bäuerinnen in die Wertschöpfungsketten von Agrarkonzernen, da die wirklich Hilfsbedürftigen hier durch das Raster fallen würden.

Des Weiteren erwarten Kritiker, dass die Beteiligung internationaler Agrarkonzerne an dem Projekt zu veränderten Produktnutzungen sowie anderen Anbautechniken führen wird, deren positiver Einfluss zweifelhaft ist. Ein Beispiel ist die Beteiligung von Bayer CropScience an der GFP. Bayer CropScience ist weltweit der größte Anbieter für Hybrid-Reis und arbeitet mit BASF zusammen an einer Entwicklung von neuen Hybridreis-Sorten, die 2020 in den Markt eingeführt werden sollen. Einer der Nachteile von Hybrid-Reis ist, dass das Saatgut jedes Jahr neu gekauft werden muss, weil sonst die Erträge sinken. Außerdem wird beim Anbau von Reis nicht auf alternative Anbauverfahren wie z. B. das „System of Rice Intensification“ (SRI) zurückgegriffen, welches Ertragssteigerungen bei einem niedrigeren Saatgut- und Wasserverbrauch und einem reduzierten Einsatz chemischer Düngemittel ermöglichen.

(Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/German_Food_Partnership – dort auch weitere Verweise; weitere Infos: <http://germanfoodpartnership.de/> - offizielle Website)

E. Müller

*p.s.: Wir sind an euren Berichten und Erfahrungen über weitere Projekte und Zumutungen der GIZ und ihrer Partnerorganisationen interessiert und versuchen, einen Informations-Pool zu diesem Thema aufzubauen. Ihr könnt uns schreiben: antigiz@riseup.net
Diesen Reader gibt es als Download auf der Seite <http://www.ya-basta-netz.de/vu/>*